

Deutschland und Russland im 20. Jahrhundert : ein historischer Essay

Autor(en): **Mann, Golo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Schweizer Rundschau**

Band (Jahr): **17 (1949-1950)**

Heft 12

PDF erstellt am: **04.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-758820>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DEUTSCHLAND UND RUSSLAND IM 20. JAHRHUNDERT

Ein historischer Essay

VON GOLO MANN

Ueber die deutsch-russische Politik seit 1919 ist in der letzten Zeit manches Interessante veröffentlicht worden: Originaldokumente, kommentierende Essays, Erinnerungsbücher. Die Dokumente sind aber samt und sonders deutschen Ursprungs; daher in ihren Aufschlüssen einseitig. Die russischen Archive bleiben verschlossen. Keine authentischen, in Freiheit geschriebenen Erinnerungen geben uns Aufklärung über die politischen Motive des Kremls. Die offiziellen Darstellungen lügen. Die schwierige und unerfreuliche Kunst, aus dem Zerrspiegel der Moskauer Prozesse ein Bild der wirklichen Ereignisse der zwanziger und dreißiger Jahre zu gewinnen, hat noch kein Historiker mit überzeugendem Erfolg betrieben. Gegner Stalins haben die Gewohnheit, die während der Prozesse gemachten Aussagen genau in dem Maße ernst zu nehmen, in dem sie ihre eigenen Jeremiaden bekräftigen, das übrige und Ganze aber als nichtswürdige Fälschung abzutun. Kein früherer Kommunist Europas und Amerikas hat den Bruch mit seiner Kirche ohne zerstörende Folgen für seinen Geist vollzogen. Im Leben der Renegaten bleibt der Kommunismus das eine, alles beherrschende Problem; an Stelle der blinden Nachfolge traten Haß und rasende Rechthaberei, die ihre Bekenntnisse und Darstellungen färben. Und doch ist der Historiker auf Bücher wie Ruth Fischers «Stalin and German Communism» angewiesen, weil sie das einzige sind, was wir von der kommunistischen Seite überhaupt haben.

Die deutschen Veröffentlichungen sind doppelt einseitig: sie geben nur den deutschen Aspekt, und diesen nicht vollständig. Das trifft besonders für die amerikanische Aktenpublikation «Nazi-Sowjet Relations» und die ihr entsprechende deutsche Veröffentlichung des Rechtsanwalts Seidl zu. Hier wurden aus den Akten des Auswärtigen Amtes einige hundert die deutsch-russischen Beziehungen betreffenden ausgewählt, um die russische Politik in einem bestimmten Licht erscheinen zu lassen, während diese Politik offenbar nur im Rahmen des gesamten internationalen Spieles, im Zusammenhang mit den Verhaltungen anderer Staaten und dem Verhältnis Deutschlands zu diesen anderen Staaten, zu welchem es Dokumente in überreicher Zahl gegeben hätte, verstanden und gerecht gewertet werden kann.

Den Kommentatoren, den exkommunistischen wie den gelehrten, ist es um die Herstellung einer Kontinuität der russischen Deutschlandpolitik oder der deutschen Rußlandpolitik zu tun. Der Stalin-Ribbentrop-Pakt erscheint als eine Verwirklichung des «Seeckt-Planes»; die Pieck-Ulbricht-Grotewohl-Republik als eine Rückkehr zu Rapallo. Schreiber dieser Zeilen glaubt nicht, daß der Nachweis einer solchen Kontinuität für die Klärung der gegenwärtigen Lage dienlich ist; diese ist von aller Vergangenheit grundverschieden. Merkwürdigerweise ist aber auch die andere Seite, die Sowjet- und «SED»-Propaganda, bemüht, eine geschichtliche Kontinuität fühlen zu lassen. Zur Befestigung der neuen deutsch-russischen Freundschaft hören wir heute Argumente, die an die von 1922, ja selbst an die von 1939 erinnern. Die Menschen lieben die aus der Geschichte oder aus der eigenen Erfahrung vertrauten Argumente; besonders in Lagen, die in Wahrheit nichts weniger als altvertraut sind. Es lockt das Zurück — zurück zur Hohenzollern-Romanow-Vetternschaft, zu Bismarck, zurück zu General von Seeckt, zurück zum «Nationalbolschewismus», zurück zur deutsch-russischen Zusammenarbeit in irgendeiner ihrer von der Geschichte legitimierten Formen. Unvermeidlich gibt es ja auch ein Element der Kontinuität oder richtiger der Permanenz: zum Beispiel die Tatsachen der Landkarte. Die Deutschen werden immer zwischen andern Völkern und Mächten leben, in der Mitte. Deutsche Politiker werden darum immer die Möglichkeit zu haben glauben, sich mit dem «Westen» gegen den «Osten» oder umgekehrt zu entscheiden oder aus der schwebenden Wahl zwischen den Alternativen trügerische Vorteile zu schlagen. Ebenso werden die Polen immer zwischen zwei zahlreicheren und stärkeren Völkern, den Deutschen und Russen, leben, eine Grundbedingung, die höchstens scheinbar, augenblicksweise aufgehoben werden kann, und die nur ganz wenige, immer wiederholte Kombinationen zuläßt. Es ist dies Element des Unveränderlichen, das alte Argumente in neuen Situationen plausibel macht und das ihnen Erfolg verspricht. Tatsächlich ist aber das gegenwärtige Verhältnis zwischen Deutschen und Russen grundverschieden von dem der Weimarer wie dem der Hitler-Zeit. Das soll im Nachfolgenden gezeigt werden.

I.

Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Weimarer Republik sind vielschichtig. Es gab die Politik der Reichsregierung, die in den Verträgen von Rapallo und Berlin ihren offiziellen Niederschlag fand. Es gab die Kontakte zwischen der Reichswehr und der

Roten Armee und die geträumte Politik, die diese Kontakte inspierte. Es gab die Kommunistische Internationale und ihr deutsches Mitglied, die KPD. Zwischen der Politik der Regierung und der geheimen Politik der Reichswehr bestehen Zusammenhänge, aber die beiden sind nicht identisch. Die Leitung der Reichswehr war nie republikanisch, nie loyal, und darum in keiner Frage wirklich eins mit der Regierung der Republik. Vollends ging die Kommunistische Partei immer ihre eigenen trüben Irrwege, die sowohl zur offiziellen deutsch-russischen Politik wie zum heimlichen Treiben der beiden Armeen in absurdem Widerspruch waren. Ihnen aber verdankte die deutsche Armee einen guten Teil ihrer Sonderstellung, ihrer illegitimen politischen Macht. Zu oft erschien die Reichswehr als Retter der bürgerlichen Republik, zu oft, 1919, 1920, 1923, war ihr Gelegenheit gegeben, kommunistische Aufstände niederzuschlagen. Das war der wichtigste Dienst, den die Kommunistische Internationale dem deutschen Militarismus leistete; obgleich ein ungewollter.

Die sogenannte Rapallopolitik ging nicht über das in der Macht und Gleichgewichtspolitik des 19. und frühen 20. Jahrhunderts Uebliche hinaus. Walter Rathenau, der den Vertrag von Rapallo unterzeichnete, war, trotz einer heimlichen Sympathie für das Soldatische und Romantische, ein Politiker entschieden «westlichen» Typs und war für die Erfüllung des Versailler Vertrages bis zur Grenze des Möglichen. Dem Deutschen Reich durch einen diplomatischen oder wirtschaftlichen Vertrag mit Rußland mehr Freiheit der Aktion, mehr Gewicht im Rate der Nationen zu gewinnen, war noch keine Politik verwegener Entscheidungen oder ruchlosen Spieles. Das durch den ersten Weltkrieg zerbrochene europäische Staatensystem des 19. Jahrhunderts ist damals nicht und ist nie wiederhergestellt worden, aber die europäischen Politiker der zwanziger Jahre konnten das nicht wissen. Die Briten wußten es ebensowenig wie die Deutschen; sonst hätte die Sorge vor einer französischen Präponderanz in ihrer Politik nicht die veraltete Rolle gespielt, die sie tatsächlich spielte. Eine Vielzahl echter, das ist souveräner, frei handelnder, sich untereinander balancierender Mächte: das erschien noch immer als das zu Erstrebende, Erreichbare, Natürliche. Rußland war nicht «der Osten», nicht «die andere Seite», sondern ein Staat unter anderen, und keineswegs der stärkste. Ihn wieder in das Konzert der Mächte zu bringen, sein Gewicht gelegentlich zu lassen gegen das französische, hierin erschöpfte sich die Rapallopolitik und hierin lag vom traditionellen Standpunkt aus nichts Verdammenswertes. Nicht bloß Malzahn und Rathenau, selbst der westlichste von allen Politikern der Weimarer Zeit, Dr. Stresemann, hat sich dieses klassischen diplomatischen Manövers gelegentlich bedient und hat den deutsch-russischen

Freundschaftsvertrag von Berlin unterzeichnet, nachdem er in Genf eine Niederlage erlitten hatte. Und selbst wenn die deutschen Politiker auf alle traditionellen Balancekünste verzichtet hätten, selbst dann wäre der deutschen Handlungsfreiheit die Tatsache zugute gekommen, daß es das rote Rußland gab. Die Gefahr des Bolschewismus kam den deutschen Machtinteressen schon 1919 zugute. Aber der russisch-westliche Konflikt war nicht der einzige in Europa: Die Spaltungen innerhalb der Alten Welt waren in den zwanziger Jahren noch nicht so einfach und barbarisch, wie sie heute sind. Die Frage, von welchem Gegensatz Deutschland den größeren Nutzen zog, dem russisch-westlichen oder dem englisch-französischen, ist allerwenigstens diskutierbar. London war für den machtpolitischen Wiederaufstieg Deutschlands ungleich aktiver als Moskau; d'Abernon, nicht Krestinski, war der hilfreichste Vertreter einer fremden Macht in Berlin. Zu sagen, daß Deutschland sich in den zwanziger Jahren für Rußland entschieden habe, wäre eine falsche Abstraktion. Die Verhältnisse der Zeit machten eine solche Entscheidung nicht notwendig und nicht einmal möglich. Die Macht, an die Deutschland sich am stärksten anlehnte und von der es am meisten erhielt, war nicht Rußland, sondern England.

Daneben gab es die heimlichen Beziehungen zwischen der Reichswehr und der Roten Armee. Wir wissen ungefähr, was die deutschen Offiziere mit Hilfe der Russen erreichen wollten; man wird aber hier zwischen dem unterscheiden müssen, was wirklich geschah und dem, was von einigen Männern oder Zirkeln gedacht, geschrieben, besprochen, spekuliert, geplant und gewünscht wurde. Das erste ist bedeutend bescheidener als das zweite. In russischen Fabriken wurden für die deutsche Armee 300 000 Granaten hergestellt. Eine deutsche Firma konstruierte in Rußland Flugzeuge für die Sowjetregierung. Deutsche Offiziere experimentierten in Rußland mit Tanks, Flugzeugen, Unterseebooten, nahmen an Manövern der Roten Armee teil, durften mit russischen Soldaten exerzieren. Das ist das Verbotene und Heimliche, was wirklich geschah und worüber neuerdings authentische Dokumente veröffentlicht wurden. Darüber hinaus meinen die Agenten dieser militärischen Zusammenarbeit, daß ohne sie auch die offiziellen deutsch-russischen Wirtschaftsabkommen, die für die deutsche Industrie so erträglichen «Russengeschäfte», nicht möglich gewesen wären. Man kann das aber bezweifeln; der deutsch-russische Handelsverkehr lag in der Natur der Dinge und hätte sich ebenso wohl entwickeln können wie später der russisch-amerikanische, an dem machtpolitische Motive keinen Anteil hatten.

Daß der Machtzuwachs, der der deutschen Armee aus diesen geheimen Transaktionen kam, zu nichts Entscheidendem ausreichte, zeig-

ten die Ereignisse des Jahres 1923 deutlich genug. In den nachfolgenden zehn Jahren gab es keine internationale Krise, die Ernst und Gewicht der deutsch-russischen Verschwörungen hätte erproben können. Nur zwischen 1920 und 1924 schienen verwegene Entscheidungen möglich zu sein; gefallen sind sie auch damals nicht. Nationalistische Schriftsteller wie Reventlow und Moeller van den Bruck träumten im Jahre 1920 von einer Teilung Polens. Wohlwollende Neutralität Deutschlands wurde den Russen für den Fall eines zweiten polnisch-russischen Krieges zugesagt; wohlwollende Neutralität Rußlands den Deutschen für den Fall eines französisch-deutschen Zusammenstoßes am Rhein. Es kam aber zu keinem von beiden. Es kam nicht zu der deutsch-russischen Militärallianz, die der General von Seeckt 1922 befürwortete und der, wie es scheint, auch England, wenigstens de facto, sich anschließen sollte; denn der Soldatenstaatsmann rechnete fest mit einer kriegerischen Explosion des englisch-französischen Gegensatzes. Man tut gut daran, das Gewicht all dieser Schreibereien nicht zu überschätzen.

Man tut gut daran, die bloßen Ideen dieser Zeit nicht zu überschätzen, die so reich war an unergiebigem Bluttaten und so arm an zukunftsformenden Leistungen, in der das Verwegenste möglich schien und die dann, dank amerikanischer Anleihen und der Stresemannschen Diplomatie, schnell zu einer nüchternen Normalisierung und Konsolidierung führte. Bucharins, Radeks «Nationalbolschewismus» — welche Realität hatten diese prahlerischen Redereien? Diese überschaulen, übereingeweihten Anbiederungen an den deutschen Nationalismus, diese Lobeshymnen auf den erschossenen Leutnant Schlageter, diese Einladungen zum gemeinsamen deutsch-russischen, nationalistisch-sozialistischen Kampf gegen Poincaré und Wallstreet? Diese snobistischen Bismarckiaden und Scharnhorsteleien nach Rechts schieflender Linksliteraten? Von alledem ist nichts übriggeblieben als ein paar gedruckte Reden, die wegen der intellektuellen Erfindungsgabe und Frechheit ihrer Autoren ein menschliches Interesse haben. Weder die Ribbentrop-Molotow-Politik des Jahres 1939 noch die volksdemokratischen Dinge des Jahres 1950 sind Verwirklichungen oder genuine Weiterführungen dieser Gedanken, die schon allein und eben darum, weil sie *nur* Gedanken waren, leicht den Schein der Ehrlichkeit haben und bewahren konnten. Auf der deutschen Seite verschwanden die «Völkischen», die «mit Rußland gehen» wollten, nach 1923 von der Bildfläche. Hitlers Nationalsozialismus polarisierte, was von der völkischen Bewegung der ersten Nachkriegsjahre übrigblieb, und Hitlers Politik war für jeden, der sehen will, von Anfang bis zu Ende, von «Mein Kampf» bis zum Testament des Reichskanzleikellers, antirussisch und vor allem und über allem andern anti-

russisch. In Rußland blieb die offizielle Auffassung von Frankreich als der aggressivsten kapitalistisch-imperialistischen Macht Europas und von Deutschlands berechtigtem Kampf gegen Versailles bis etwa 1930 bestehen; sie wurde aber unter Stalin mehr und mehr zur bedeutungslosen Legende, und die wirkliche deutsche Politik konnte wenig helfen, sie lebendig zu erhalten. Von Nationalbolschewismus sprach niemand mehr. Die Reichswehr war potentiell noch immer eine politische Macht, aber diese Macht blieb in Reserve, ungebraucht; Herr von Seeckt selber mußte schließlich unpolitischen Soldaten Platz machen. Das ging solange die amerikanische Prosperität dauerte. Als die Wirtschaftskrise der Periode verhältnismäßiger Ruhe und Konsolidierung ein Ende machte, waren weder Rußland noch Deutschland noch Frankreich, was sie 1922 gewesen waren; die Tatsachen waren neu, und neuartig wurde mit ihnen umgegangen.

II.

Ohne die Kommunistische Partei hätte der Tirpitz-Hugenberg-Klüngel nicht die Präsidentschaftswahlen von 1925 gewonnen, deren katastrophale Bedeutung sich erst später zeigte. Ohne die Kommunistische Partei hätten die Nazis sieben Jahre später in Deutschland nicht siegen können. Ihre im besten Fall immer unnütze Existenz, ihr hirnverbrannter, selbst heute, im Rückblick, kaum glaublicher Kampf gegen die Sozialdemokraten, ihre prahlerischen, aber kraftlosen Bürgerkriegsdrohungen haben Hitlers Aufstieg und Machtergreifung entscheidend erleichtert und in der Tat *möglich* gemacht. Das sind von der Geschichte längst anerkannte Tatsachen, die keine Sophistik, kein Lärm, keine bloßen Machtdokumente der Gegenwart aus der Welt schaffen und zu deren Bekräftigung wir auch nicht des Zeugnisses geifernder Exkommunisten bedürfen. Darlegungen sozialdemokratischer Politiker, wie des Ministerpräsidenten Otto Braun, reden hier eine beweiskräftige Sprache. Man wird darüber hinaus auch zugeben müssen, daß das Vorbild der ersten totalitären Staats- und Massenpartei, der Kommunistischen Partei Rußlands, auf die Entwicklung totalitärer Partei- und Terrorregime in Mitteleuropa Einfluß gehabt hat. Maß und Tragweite dieses Einflusses lassen sich aber nicht bestimmen. Auf die Entstehung des europäischen Faschismus haben noch ganz andere Faktoren mitgewirkt: der Krieg selber; die deutschen Freikorps; d'Annunzios Fiume; der weiße Terror in Ungarn. Ein dritter Vorwurf wird dem Kreml von exkommunistischer Seite gemacht: Er habe die Niederlage der deutschen Kommunistischen Partei gewünscht und planmäßig herbeigeführt, in dem Glauben, mit Hitler die Politik von

Rapallo fortsetzen und intensivieren zu können. Für diese Behauptung fehlt aber der Beweis, und sie ist in hohem Grade unwahrscheinlich.

Stalins Beurteilung des Faschismus vor Hitlers Machtergreifung zeigt eine totale Verkennung seines Wesens und seiner Gefahren; ein Mißverstehen, das im Rückblick um so kläglicher wirkt, weil es, wie gewöhnlich, mit der Apodiktizität des marxistischen Schulmeisters und in gelehrten Worten formuliert wurde. Aber gerade dies Mißverstehen spricht gegen einen so weitsichtigen Zynismus, wie Herr Krivitsky ihn der russischen Politik für diese Epoche unterlegt. Die Russen wußten mit dem triumphierenden Nationalsozialismus zunächst so wenig anzufangen wie die Franzosen und die Briten. Und da Hitler selbst in den ersten Monaten seiner Regierung die Kontinuität der deutschen Außenpolitik geflissentlich unterstrich, so konnte die Rapallopolitik noch eine Weile weitergeführt werden, ebenso wie die Locarnopolitik noch eine Weile weitergeführt zu werden schien.

Das Jahr 1934 brachte den Kurswechsel der russischen Politik von Rapallo und Berlin nach Genf und Paris. Es war der Versuch einer Rückkehr zur französisch-russischen Allianz von 1894 und war von Hitler verursacht, so wie das alte Zarenbündnis von Wilhelm II. verursacht gewesen war. Von der Politik des Leitsatzes «Der Hauptfeind ist die Sozialdemokratie» zur Politik der «Volksfront» war allerdings ein schwindelnder Sprung; die Sache selber, der die Volksfrontpolitik zur Stärkung, Rechtfertigung, Verschönerung dienen sollte, entsprach den wirklichen Macht- und Gleichgewichtsinteressen der Zeit und war insofern ehrlich gemeint. An der persönlichen Ehrlichkeit Litwinows zu zweifeln ist vollends kein Anlaß; man kann nicht im Herzen lügen, bei so unvergeßlicher Präzision der Darstellung, der immer wiederholten Warnungen, mit so viel Intelligenz und Geduld. Aber Litwinows Politik gelang nicht. Sie gelang nicht, weil seit Barthous Ermordung die Westmächte nicht wirklich so wollten wie er, und weil sie ihn immer und immer wieder im Stich ließen. Wie Rußland sich verhalten hätte, wenn die Westmächte es 1935, 1936, selbst noch 1938 zu einer Machtprobe gegen Hitler hätten kommen lassen, kann nicht mit voller Sicherheit gesagt werden; aber wenig spricht dafür, daß es schon damals im letzten Augenblick abgesprungen sein und zu den Künsten des August 1939 seine Zuflucht genommen haben würde. Jedenfalls kam es damals zu einer solchen Machtprobe nicht, und zwar nicht, weil der Kreml sich ihr entzog, sondern weil die Westmächte ihr aus dem Wege gingen. Die Aufopferung der Tschechoslowakei machte der Litwinowschen Außenpolitik in Wirklichkeit ein Ende; das Erstaunliche ist nicht, daß sie danach aufgegeben wurde, sondern daß sie selbst nach dem Oktober 1938 noch eine Zeitlang,

wenn auch mit immer weniger Glauben, fortgesetzt wurde. Die erste Andeutung der Möglichkeit einer deutsch-russischen Verständigung kam von Stalin, nicht von Hitler. Aber das Angebot war vage genug, um die andere seit 1934 vergeblich gepflegte Alternative offen zu lassen. Das zwischen März und August 1939 von dem Kreml gespielte Spiel war ein Doppelspiel, ein Spiel mit zwei Einsätzen; die Westmächte hätten noch immer zeigen können, daß es besser war, auf sie zu setzen. Sie zeigten es bis zum bitteren Ende nicht. Die russische Forderung nach einem vollen Militärbündnis, nach Stützpunkten im Baltikum, nach dem Recht, im Kriegsfall polnischen Boden zu besetzen, war eine militärisch berechtigte, elementar notwendige. Daß mit diesen geforderten Konzessionen Gefahren für die polnische, die baltische Unabhängigkeit verbunden waren, lag nicht so sehr an der Teuflichkeit der bolschewistischen Machthaber, wie an alter geschichtlicher Schuld. Ein von Rußland verteidigtes Polen konnte allerdings unmöglich das Polen bleiben, das sich zwischen 1918 und 1921 auf Kosten Rußlands über Gebiete ausgebreitet hatte, die ihm nie hätten gehören sollen. Die baltischen Republiken waren keine echten Staaten, sondern ephemäre Beiprodukte russischer und deutscher Ohnmacht. Die russische Hilfe gegen Deutschland zu wollen, ohne ihre Dynamik, war das Angenehme, aber Unmögliche wollen; die wiedererstarkte russische Großmacht gegen Deutschland zu gebrauchen und doch nicht an die Ordnungen von Brest-Litowsk, Riga, Dorpat rühren zu wollen, war barer Unsinn. Es heißt: Wenn Stalin im August 1939 erklärt hätte, es dürfe keinen Krieg geben, so hätte es keinen gegeben. Wie kann man das aufrecht erhalten? Wenn Rußland sich der britisch-polnischen Allianz unter den gebotenen Bedingungen angeschlossen hätte, so wäre es militärisch bald in der Lage gewesen, in der Polen sich im September befand: geistig gestärkt von den Segenswünschen des Chamberlain-Daladierschen Obersten Kriegsrates, im übrigen aber auf sich selber angewiesen. Selbst im Juni 1941 war Rußlands Chance, die Krise zu überleben, besser als sie unter diesen Umständen gewesen wären; zwei Jahre später war Churchill im Amt, England auf Tod und Leben engagiert, die Intervention der Vereinigten Staaten nahe. Vom Standpunkt des russischen Lebensinteresses aus betrachtet, ist also der Stalin-Ribbentrop-Pakt allerwenigstens diskutierbar; zieht man es vor, ihn moralisch zu werten, so war er die wohlverdiente Antwort auf das Treiben der englischen und französischen Politik in den Monaten und Jahren vorher.

Der verworfene Zynismus, mit dem er ausgeführt, die Verbalien, mit denen er geschmückt wurde, müssen über den wahren Charakter des Paktes nicht hinwegtäuschen. Sollte er überhaupt ausgeführt werden, so konnte das im Hinblick auf die unmittelbare Vorgeschichte

der deutsch-russischen Beziehungen nur mit vollendetem Zynismus geschehen. Worte waren damals im Preis gesunken. Liest man übrigens die böartigsten Molotow-Reden dieser Epoche, so wird man selbst in ihnen kein Lob des Faschismus finden; was sie bezeichnet, ist schöne Indifferenz gegenüber der Kriegsanstrengung der Westmächte, wie sie den Vertretern der dritten, isolierten, sich moralisch über beiden kriegführenden Parteien weit erhaben fühlenden russischen Macht im Grunde adäquater war als das heuchlerische Lobgedudel auf Demokratie und Volksfront in den Jahren vorher.

War der Stalin-Ribbentrop-Pakt von der deutschen oder von der russischen Seite her eine Verwirklichung des «Seeckt-Planes»? Keineswegs. Polen war das erste Opfer des Paktes, und Polen hätte das erste Opfer des Seeckt-Planes sein sollen. Das ist das Gemeinsame und ist unvermeidlich; wenn Deutschland und Rußland sich machtpolitisch verständigen, so muß Polen das erste Opfer dieser Verständigung sein. Vom Befreiungskampf der beiden «Outlaws» gegen die Siegermächte von Versailles war aber im Jahre 1939 keine Rede mehr. Die Sieger von Versailles hatten längst aufgehört, Sieger zu sein; am wenigsten hatte Deutschland Anlaß, sich von irgend etwas zu befreien. Hitlers Kriege war ein Eroberungskrieg der stärksten europäischen Macht. Die Neutralisierung Rußlands diente ihm zur momentanen Rücken-deckung; zu weiter gar nichts. Zu glauben, daß Hitler sich, nach dem Sieg über die Westmächte, mit der Existenz einer starken Militärmacht im Osten abgefunden hätte, daß er bereit gewesen wäre, Eurasien mit Rußland zu teilen, den Mittleren Osten, die Ukraine, Sibirien als endgültig russisch anzuerkennen, sich selber aber mit Belgien und Dänemark zu begnügen, heißt die elementarsten Züge der Hitlerschen Politik geflissentlich ignorieren. Daß der Krieg gegen Rußland im Juni 1941 begann, mag durch die militärische Situation im Westen zu erklären sein; warum es überhaupt dazu kam, steht in «Mein Kampf». Da mag man es nachlesen. Es scheint aber, daß die Historiker in ihrer Weigerung, dies Buch zu lesen oder ernst zu nehmen, ebenso resolut sind wie die Politiker es, zu ihrem Schaden, waren, als Hitler lebte.

So schleicht sich augenblicklich, noch vage, eine Auffassung in die Texte ein, wonach die Russen während des Jahres 1940 durch ihre tollen Forderungen Hitler in Harnisch gejagt und zu dem Kriegsentschluß gezwungen hätten. Sie wird von Exkommunisten gepflegt, die, um nur ihre alten Götzen zu beschmutzen, selbst zur Reinwaschung der Nazis bereit sind. Es scheint aber, daß sie ursprünglich von dem amerikanischen Außenminister Byrnes im vierzehnten Kapitel seines Buches «Speaking Frankly» in die Welt gesetzt wurde. Molotow, so berichtet Byrnes, habe während seines Berliner Besuches im November 1940 die Frechheit so weit getrieben, daß Hitler die

Geduld verlor und nun erst mit voller Energie zur Vorbereitung des Unternehmens «Barbarossa» schritt. Nur, worin bestand Molotows Dreistigkeit? Aus Byrnes' eigener Darstellung und aus den deutschen Dokumenten, auf die er sich stützt, geht das klar genug hervor. Sie bestand nicht in weitreichenden russischen Forderungen; vielmehr darin, daß Molotow Hitlers grandiose Vorschläge zur Aufteilung des erst noch zu erobernden britischen Weltreiches kühl ablehnte und statt ihrer auf den beschränkten, defensiven russischen Interessen in Finnland und Bulgarien insistierte. Daß die Russen den Pakt von 1939 nicht als ein räuberisches Duumvirat zum Zwecke der Weltteilung betrachteten, wie heutzutage behauptet wird — nichts könnte es deutlicher zeigen, als diese letzten Berliner Unterredungen. Und natürlich faßte Hitler es auch nicht als ein solches auf — oder doch nur insofern räuberische Duumvirate nach dem Triumph der Duumvirn nicht lange zu halten pflegen. Die Offensive gegen Rußland war ja in voller Vorbereitung, lange bevor Molotow nach Berlin kam.

Danach — für die Zeit zwischen Januar und Juni 1941 — wird man sich allenfalls über die Erbärmlichkeit der russischen Auskunfts-mittel, der russischen «Appeasement»politik zu wundern haben. Ein amerikanisch-deutscher Kommentator hat kürzlich geschrieben, Russen und Deutsche hätten «sich gegenseitig an die Gurgel fahren» müssen. Das ist nicht wahr. Der Deutsche fuhr dem Russen an die Gurgel; dem Russen waren keine Sprünge zu grotesk, um dem Ringen auszuweichen.

III.

Während der letzten Kriegsjahre zeigte die russische Politik gegenüber dem Problem Deutschland zwei sich widersprechende Tendenzen. Die eine war auf die Austilgung Deutschlands als politischer Macht gerichtet. In Yalta waren es die Russen, die eine Teilung Deutschlands nicht in Besatzungszonen, sondern in von einander unabhängige Kunststaaten empfahlen. Dem entsprachen die Artikel Ilja Ehrenburgs und etwa die Proklamation Stalins, die den endlichen Sieg der Slawen in ihrem tausendjährigen Kampf gegen die Teutonen feierte. Dem entsprach auch die Grenzziehung von Potsdam, die falscheste Entscheidung in einer Zeit, die an falschen, unwissenden, verantwortungslosen Entschlüssen nicht arm ist. Ueber sie hat Stalin vor mehr als zwanzig Jahren selber das Urteil gefällt, als er schrieb: «Zu glauben, daß Deutschland sich mit diesem Stand der Dinge zufrieden geben wird, heißt auf Wunder hoffen . . . Locarno, das für Deutschland den Verlust Schlesiens, des Korridors, Danzigs . . . bekräftigt, wird dasselbe Schicksal haben wie der alte französisch-preußische Ver-

trag, durch den Frankreich Elsaß-Lothringen verlor... Locarno ist schwanger mit einem neuen europäischen Krieg.» Oberschlesien, der Korridor, Danzig — das klingt gering und harmlos, gemessen an den heutigen Ostgrenzen Deutschlands, die man russischer und westlicher Staatsweisheit verdankt. Aber am Ende ist Stalin nicht der einzige Politiker unserer Zeit, bei dem realistische Einsicht und die phantastischste Treulosigkeit gegenüber der eigenen Einsicht dicht nebeneinander wohnen.

Die andere Tendenz war prodeutsch; ein Versuch, sich in die Seele der Deutschen zu versetzen und ihnen Angenehmes, wenn nicht zu bieten, so doch wenigstens zu sagen. Sie kam zuerst in den Manifesten des Komitees «Freies Deutschland» zum Ausdruck; auch schon in der bekannten Rede, in der Stalin von den Hitlers sprach, die kämen und gingen, und von dem deutschen Volk, das immer bliebe. Das war zunächst und vor allem psychologische Kriegführung mit dem Zweck, den deutschen Kriegswillen zu schwächen. Es war auch der Realismus, der dem russischen Diktator eigen sein kann; denn natürlich bleibt das deutsche Volk innerhalb der Zeiträume, in denen sterbliche Menschen rechnen müssen, «immer». Es war schließlich eine Reserve- und Nebenpolitik, für den Fall, daß die andere, auf Fortdauer der großen Koalition berechnete, mißlänge. Das ist an sich nichts Ungewöhnliches. Politische Mächte haben oft mehrere sich widersprechende Ziele verfolgt oder doch erwogen. Und wenn es immer derselbe Mensch ist, der, bei wechselnden Positionen, im Amte bleibt, so werden seine persönlichsten Äußerungen widerspruchsvoll sein. Der russisch-deutsche Fall ist aber darum ein besonders krasser, weil die Resultate der erstbeschrittenen Politik, des karthagischen, des Yalta- und Potsdam-Friedens ohne die gefährlichste Revolution nun nicht mehr aus der Welt zu schaffen sind, und weil später der zweiten, der pseudo-prodeutschen Tendenz der Vorzug gegeben wurde, ohne daß eine solche Revolution gewagt wurde, gewagt werden könnte.

Das Glückwunschtelegramm, das der russische Generalissimus im November 1949 den Leitern der «Deutschen demokratischen Republik» sandte, ließ altvertraute Töne anklingen. Deutschland und Rußland besäßen die größten Potenzen in Europa zur Vollbringung entscheidender Aktionen. Vertrügen diese beiden Völker sich, so müsse ihnen die unbestrittene Herrschaft auf dem europäischen Festland zufallen und wäre eine Knechtung der europäischen Völker durch die Weltimperialisten unmöglich. Weil sie einer solchen glücklichen Zusammenarbeit den Weg bahne, sei die Gründung der «Deutschen demokratischen Republik» ein Wendepunkt in der Geschichte Europas und so fort. Das erinnert an die Jahre 1920 bis 1923, an den Gedan-

ken einer nationalistischen, sozialistischen, deutsch-russischen Front gegen westlichen Imperialismus und Weltkapital. Es erinnert auch an den Herbst des Jahres 1939, an den «Aufstand des Festlandes» gegen maritime Unverschämtheit, von dem damals gewisse deutsche Publizisten sprachen. Die Worte sind ähnlich und sollen ähnlich sein, um Vertrauen zu erwecken. Aber die Sachen sind gar nicht ähnlich.

Es sind heute nicht zwei «Outlaws», die sich zusammentäten, um das ihnen Gebührende wiederzugewinnen oder durch freie revolutionäre Tat die Welt zu verändern, wie der verstorbene Radek es sich vergeblich vorstellte. Es sind auch nicht zwei Imperien, das eine expansiv, das andere noch defensiv, die, für den Augenblick, beschließen, nebeneinander zu existieren. Es ist ein einziges Imperium, das russische, das sich, in seinem und Amerikas «kaltem Krieg», von Deutschland so viel unterwerfen und angliedern möchte, wie möglich ist, wenn möglich das ganze Deutschland. Das ist der Unterschied.

Wir fragen hier nicht nach den Ursachen des kalten Krieges. Wir fragen auch nicht nach dem wirklichen oder möglichen Platz Deutschlands im System der Westmächte oder zwischen den Mächten. Das wäre der Gegenstand einer andern Betrachtung. Sicher ist: Daß Rußland den Deutschen wahre Neutralität, das ist Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit in dem russisch-amerikanischen Konflikt, noch weit weniger bieten kann, als etwa die Vereinigten Staaten es könnten. Das russische Imperium grenzt direkt an Deutschland, direkt und brutal sind seine Methoden. Die Zentren des amerikanischen Imperiums liegen weit von Deutschland ab, seine Formen sind indirekter, zivilisierter. Die deutsche Industrie bedeutet für Amerika wenig, für Rußland viel. Deutschland, selbst auf dem Gipfel seiner Macht, war für Amerika immer nur eine sekundäre Gefahr. Was aber deutsche politische und militärische Handlungsfreiheit den russischen Völkern bringen kann, das haben sie in den Jahren 1941 bis 1944 erfahren. Daß die russischen Staatsmänner die Wiederersthung einer solchen Handlungsfreiheit um jeden Preis verhindern wollen, kann kein Unparteiischer ihnen verübeln. Nur: Betrug ist nie gut. Betrug endet mit Schaden für die Betrogenen und die Betrüger; führt beide immer tiefer in ausweglose Situationen. Schon heute ist die russische Politik in Deutschland ein Nest schreiender Widersprüche, die nicht wirklich gelöst, sondern nur durch Terror niedergehalten werden können.

Liest man die Kundgebungen der kommunistischen Führer des deutschen Oststaates, so gewinnt man den Eindruck, als hätten die Russen den zweiten Weltkrieg wesentlich für die Einheit und Freiheit der Deutschen geführt. Das haben sie nicht getan, und das konnte auch niemand von ihnen verlangen. Noch auch können heute Einheit und Freiheit der Deutschen den Russen am Herzen liegen; nicht ihnen und

nicht den deutschen Kommunisten, die, wie jeder weiß, Agenten der russischen Politik sind. Der russische Imperialismus, bedroht von alten und neuen Gefahren wie er sich glaubt, wünscht Deutschland zu kontrollieren, wie er Polen und Ungarn kontrolliert. Das Widerliche liegt hier nicht in der Sache, die, nach allem vorhergegangenen natürlich genug ist. Das Widerliche und Gefährliche, weil Verdunkelnde, Verwirrende, liegt in den Worten, mit denen man die Sache beschreibt, in den Triebkräften, die man in den Dienst der Sache zu stellen sucht. Es liegt in dem Appell an den deutschen Nationalismus, der doch in seiner Wirklichkeit sich mit dem Ziele des russischen Imperialismus so gar nicht vereinen ließe: in der Organisierung «Nationaler Fronten» und Parteien für alte Nazikämpfer. Es liegt in dem patriotischen Proteststurm gegen Saarabtrennung und Ruhrstatut, während man gleichzeitig die Oder-Neiße-Linie als «Friedensgrenze» feiert. Was immer man der Deutschlandpolitik der Westmächte vorwerfen mag: Eines solchen Uebermaßes an explosiver Unwahrheit hat sie sich bis jetzt noch nicht schuldig gemacht.

Man wird einwenden: Es handle sich in dem deutschen Oststaat nicht um Beherrschung des einen durch den andern, sondern um gemeinsame Revolution, das freie Zusammenleben wirklicher populärer Volksdemokratien und so fort. Der Einwand wäre gültig, wenn es um die großen Pläne der Lenin und Liebknecht, selbst noch, wenn es um die Phantastereien der Radek und Reventlow ginge. Für die Führer des bolschewistischen Anfanges, die, nicht ganz zufällig, heute alle tot sind, sollte ein revolutionäres Deutschland dem revolutionären Rußland in der Tat gleichgeordnet, ja übergeordnet sein; denn Deutschland, nicht Rußland, war ihnen der Schlüssel zur Weltrevolution. Von dieser Gedankenwelt ist nichts übrig. Sie hat der *Macht* weichen müssen: der Macht über Rußland, der Macht Rußlands über andere Länder. Die Macht wird noch immer, manchmal, zur Verwirklichung alter revolutionärer Sachziele gebraucht. Deswegen ist es doch Macht und nichts als Macht; Herrschaft; Drohung in Permanenz. Drohende und Bedrohte leben aber nicht in Freiheit zusammen.

Man wird ferner einwenden: Gerade so sei es. Und eben, weil die Regenten Rußlands sich als so realistische, schlaue Machtpolitiker bewiesen hätten, so könnten sie doch wohl auch wieder einmal, zwar nicht zu 1921, wohl aber zu 1939 zurückkehren. Die Deutschen seien für Rußland auf die Dauer doch wichtiger als Polen, Tschechen und andere solche Völkchen; was Polen fünfmal geschehen sei, könne ihm wohl auch zum sechstenmal geschehen; allerwenigstens aber stünde es Stalin jederzeit frei, die neuen Siedler aus den ehemals deutschen Ostprovinzen wieder hinauszujagen, die Deutschen wieder hereinzulassen, worauf dann ein zweiter «Aufstand des Festlandes» er-

folgen, eine neue deutsch-russische «Festung Europa» der ozeanischen Welt trotzen und Eurasien beherrschen würde.

Eine solche Kombination erscheint nicht völlig ausgeschlossen. Sie wäre denkbar auf dem Höhepunkt einer neuen Weltkrise, als verzweifelte letzte Karte der russischen Politik. Aber der Kreml hat vor derhand viel bessere Karten auszuspielen; und man kann nur sagen, daß ein solches Zurück zu 1939 im allerhöchsten Grade unwahrscheinlich ist. Die gemeinsame Niederhaltung Polens war das verbindende, kriegsverhindernde Agens zwischen Rußland und Preußen im 18. und 19. Jahrhundert, in vorindustriellen Epochen. Das Jahr 1941 lehrte, daß die Teilung Polens im 20. Jahrhundert diese Funktion nicht mehr hat — eine Erfahrung, die selbst in unserm schwer belehrbaren Zeitalter nicht so bald vergessen werden wird. Die Deutschen zu gewinnen durch schöne Worte, sie zu beherrschen ohne große Kosten und Konzessionen, Deutschland zu haben *und* Polen, das ist eine Sache. Deutschland zum ebenbürtigen Partner zu erheben durch Aufopferung der kleineren slawischen Völker wäre eine ganz andere Sache. Durch was haben die Männer im Kreml gezeigt, daß sie zu einem solchen todbringenden Schildbürgerstreich ohne äußerste Not imstande wären?

Das Wahrscheinlichste ist dies: Man wird fortfahren, den deutschen Nationalismus anzufeuern, gleichzeitig aber den Polen die Oder-Neiße-Grenze, den Tschechen das entvölkerte Nordböhmen zu belassen. Man wird den Widerspruch nicht lösen, sondern niederhalten durch die überall gegenwärtige, überall identische Macht, die ja sowieso das stärkste, obgleich nicht das einzige Bindeglied des neuen russischen Großreiches ist. Man wird weiter für den Gedanken der deutschen Neutralität ein wohlwollendes Interesse zeigen. Man wird weiter das Lob der deutschen Einheit und Freiheit singen — und eine Art von Einheit wäre es ja wohl, die man am liebsten hätte, aber die Freiheit hätte volksdemokratischen Charakter. Man wird weiter deutsche Offiziere von Seeckt-Plänen träumen, altmodische deutsche Diplomaten von Bismarck und Brockdorff und Rapallo schwatzen lassen. Das ist das Wahrscheinlichste. Es ist das Durchschaubarste.

Den Deutschen könnte die Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen seit 1914 zeigen, daß in den gierigen Träumen, daß in den apokalyptischen Fragestellungen, mit Rußland gegen den Westen, mit dem Westen gegen Rußland, das Heil nicht liegt. Deutschland hat Illusionen und bitteres Ende der Machtpolitik wie kein anderes Land erfahren. Es kann heute keine machtpolitischen und auch keine territorialen Ziele verfolgen. Selbst in dem Ruf nach Wiederherstellung der Grenzen von 1937 stimmt etwas nicht. Nicht bloß Hitler, alle deutschen Politiker haben ja über diese Grenzen Zeter und Mordio geschrien, solange sie bestanden. Die Länderordnung von Versailles

war eine viel zu künstliche, gebrechliche, allseits unbefriedigende, als daß die Rückkehr zu ihr heute ein konstruktives Ziel wäre. Und das trifft selbst auf die Grenzen von 1914 zu. War Deutschland denn mit denen zufrieden? Man kann nicht in die Vergangenheit zurück; am wenigsten in eine so momentane, zufällige, von andern, gleichfalls vergangenen Dingen abhängige vergangene Ordnung wie die von 1871 oder 1919. Das Zerstörte, mutwillig Gewagte, mutwillig Verlorene läßt sich nicht wiederherstellen. Deutschlands politische Ziele könnten heute nur funktioneller Natur sein: wirtschaftlich, moralisch, praktisch. Der Besiegte von 1945 hätte noch einmal die Chance, die der Besiegte von 1918 in den Wind schlug: auszubrechen aus dem verhexten Kreis der Streitereien um fiktive Gegenstände, um Expansion, Imperium, Prestige, Sicherheit, und glaubensleere Religionen. Diese Chance wahrzunehmen, wird ihm von außen schwer genug gemacht; und nicht bloß von der russischen Seite. Aber das Außen gibt nie eine volle Erklärung und Entschuldigung dessen, was wir selber sind und tun.